



Reform bei Einbürgerungen

Türkische Gemeinde rechnet mit großem Interesse

Stand: 24.08.2023 10:43 Uhr

Die Türkische Gemeinde in Deutschland rechnet nach der geplanten Reform des Staatsangehörigkeitsrechts mit deutlich mehr Anträgen als bisher. Der Vorsitzende Sofuoğlu warnt vor einer Überforderung der Behörden.

Der Vorsitzende der Türkischen Gemeinde in Deutschland, Gökay Sofuoğlu, rechnet nach der geplanten Reform des Staatsangehörigkeitsrechts mit deutlich mehr Anträgen als bisher. "Ich gehe davon aus, dass es deutlich mehr Anträge geben wird", sagte er dem Redaktionsnetzwerk Deutschland.

"Bisher müssen Antragsteller ihre alte Staatsbürgerschaft abgeben. Das erschreckt viele Leute", sagte Sofuoğlu. Die geplanten neuen Regelungen seien nun eine zusätzliche Motivation. Es komme etwas in Bewegung.

Mehrstaatigkeit soll zugelassen werden

Künftig soll es möglich sein, schneller und leichter die deutsche Staatsangehörigkeit zu erhalten. Nach einem gestern vom Kabinett verabschiedeten Gesetzentwurf soll dies Migranten bereits nach fünf und nicht wie bisher nach acht Jahren Aufenthalt in Deutschland möglich sein.

Bei herausragenden beruflichen oder schulischen Leistungen oder einem ehrenamtlichen Engagement kann sich die Frist auf drei Jahre verkürzen.

Mit der Reform soll auch die Mehrstaatigkeit zugelassen werden. Wer sich einbürgern lassen will, muss laut Entwurf grundsätzlich den Lebensunterhalt für sich und eigene Familienangehörigen bestreiten können sowie eine gelungene Integration und gute Deutschkenntnisse nachweisen.

"Ämter schon jetzt überfordert"

"Ich gehe aber davon aus, dass die Behörden nicht in der Lage sein werden, all diese Anträge zu bearbeiten. Deshalb müssen mehr Leute eingestellt werden. Schon jetzt sind die Ämter überfordert. Dort herrscht gerade Chaos." Dieses Problem werde sich noch verschärfen, so der Vorsitzende der Türkischen Gemeinde.

Reform soll Anfang 2024 in Kraft treten

Nach dem Beschluss im Kabinett wird der Gesetzentwurf an den Bundestag zur Beratung und Beschlussfassung weitergeleitet. Innenministerin Nancy Faeser (SPD) hofft, dass die Reform Anfang 2024 in Kraft treten kann.

Mit der Reform will die Bundesregierung Deutschland unter anderem für Fachkräfte attraktiver machen.

[Zur Startseite](#)

